

**DER GESAMTPERSONALRAT
DER LEHRERINNEN UND LEHRER**
bei
**Landesschulamt und Lehrkräfteakademie
Staatliches Schulamt für den Main-Kinzig-Kreis**



- DIE VORSITZENDE -

Staatliches Schulamt, Hessen-Homburg-Platz 8, 63452 Hanau

An den
Staatsminister
Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Hessisches Kultusministerium
Luisenplatz 10
65185 Wiesbaden

Aktenzeichen
Bearbeitung Frau Ortel
Raum 228
Durchwahl 06181/9062-125
Fax 06181/9062-199
E-Mail gesamtpersonalratmkk@hu.ssa.lsa.hessen.de

Datum 08.10.2014

Resolution: Inklusive Schulen brauchen angemessene Ressourcen

Sehr geehrter Herr Staatsminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz,

wir bitten Sie im Namen von 48 Personalrätinnen und Personalräten aus 34 Schulen des Main-Kinzig-Kreises um Beachtung der anliegenden Resolution.

Darüber hinaus bitten wir Sie im Sinne der Schülerinnen und Schüler und auch der Lehrerinnen und Lehrer um entsprechende Initiativen. Es kann nicht sein, dass Kinder erst über ein bis zwei Jahre scheitern müssen, bis endlich ein Anspruch auf sonderpädagogische Förderung entsteht.

Die Schülerinnen und Schüler müssen von Anfang an gut gefördert werden. Lehrerinnen und Lehrern muss von Anfang an die notwendige Unterstützung durch sonderpädagogische und sozialpädagogische Fachkräfte, durch Psychologen und weitere therapeutische und pädagogische Berufe (Ergo-/Physio-/Sprachtherapeuten) zu Verfügung stehen.

Hochachtungsvoll

Resolution: Inklusive Schulen brauchen angemessene Ressourcen

Insgesamt 48 Personalräte von 34 Schulen aus dem Main-Kinzig-Kreis haben sich am Mittwoch, dem 1.10.2014, zu einer Schulung und zum Erfahrungsaustausch getroffen.

Die Personalräte stellen übereinstimmend fest:

Immer mehr Eltern nehmen für ihre Kinder das Recht auf inklusive Beschulung in Anspruch. Deswegen sinken die Schülerzahlen an den Lernhilfeschulen. Die Adolf-Diesterweg-Schule in Maintal beispielsweise wird gar keine Schülerinnen und Schüler mehr aufnehmen.

Wir erleben jedoch täglich, dass an unseren Regelschulen eine wirkliche inklusive Beschulung der Schülerinnen und Schüler unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht stattfinden kann. Eine auf einzelne Stunden in der Woche begrenzte und häufig sogar noch auf mehrere Schulen verteilte Unterstützungs- und Beratungstätigkeit ist kaum wirksam, zerreißt alle Beteiligten und nützt den Kindern nicht. Wir sind uns einig, dass der Schlüssel zu einer erfolgreichen Arbeit in einer dauerhaften und verlässlichen Zusammenarbeit in Teams von Regel- und Förderschullehrkräften sowie sonderpädagogischen und sozialpädagogischen Fachkräften liegt.

Inklusive Bildung und gute Bildung generell brauchen angemessene Ressourcen. An diesen fehlt es uns jedoch, sodass wir nicht allen Schülerinnen und Schülern in unseren Klassen gerecht werden können, wie wir dies möchten und wie es unser Auftrag ist.

So wollen und können wir, auch aus Verantwortung für die Kinder, nicht arbeiten!

Wir fordern als ersten Schritt¹:

- für die Eingangsklassen der Grund- und weiterführenden Schulen eine Förderschullehrerstelle pro dreizügigem Jahrgang;
- die Zuweisung der Förderschullehrerinnen und Förderschullehrer an die Regelschulen (Bremen macht es vor, der Koalitionsvertrag will es ermöglichen);
- Aufstockung der Stellen für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen;
- Schülerhöchstzahl der Eingangsklassen 20 Schülerinnen und Schüler, Vorklassen 16 Schülerinnen und Schüler;
- Entlastungsstunden für Koordination, Konzeptentwicklung, Beratungsgespräche, Förderpläne und notwendige Dokumentationen;
- zusätzliche Unterstützung für geistig, körper-, sehbehinderte oder blinde, schwerhörige oder gehörlose Kinder;
- nach den Eingangsklassen Förderung nach GU-Standard auf der Basis vereinfachter Förderausschüsse.

¹ Die Forderungen sind orientiert am Modell der Integrativen Regelklassen aus Hamburg von 2009 bzw. den Bedingungen, die an der GS Süd-West in Eschborn oder der Römerstadt-Schule in FFM den Übergang vom GU zu einer inklusiven Schule ermöglichen.

Wir fordern als weitere Schritte:

- Ausbau der Bedingungen für die Eingangsklassen auf die übrigen Jahrgänge;
- mindestens eine Stelle für eine Sozialpädagogin oder einen Sozialpädagogen für das Arbeitsfeld Inklusion pro Schule; Ausbau der Schulsozialarbeit;
- Unterstützung durch Psychologen und weitere therapeutische und pädagogische Berufe (Ergo-/Physio-/Sprachtherapeuten);
- eine klare Zeit- und Ressourcenplanung, wie diese Forderungen umgesetzt werden.

Verteiler: HKM, SSA, Presse, GEW Hessen, DLH, gib-hessen, Fraktionen der im Hessischen Landtag vertretenen Parteien, ebh, LSV